

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

38. Jahrgang / 188

30. September 1983

Hugo Brandt MdL, Landes-
vorsitzender der SPD
Rheinland-Pfalz, stellt
zu Geißlers Haß-Tiraden
fest: Der demokratische
Konsens ist zerstört.

Seite 1

Dr. Axel Wernitz MdB, Vor-
sitzender des Innenaus-
schusses des Deutschen
Bundestages, bilanziert
ein Jahr Zimmermann: Ge-
genüber der Wende ist
Achtung geboten.

Seite 4

Klaus Daubertshäuser MdB,
Verkehrspolitischer Spre-
cher der SPD-Bundestags-
fraktion, wirft Verkehrs-
minister Dollinger Kump-
anei mit der Automobilin-
dustrie vor: Bleifreies
Benzin nicht mehr aktuell?

Seite 6

Rudolf Hartung, Bundesvor-
sitzender der Jungsozia-
listen, befaßt sich mit
der "Lehrstellen-Garantie"
von Helmut Kohl: Wortbruch.

Seite 7

Dokumentation

Gert Welsskirchen MdB
sprach auf dem Landeskon-
vent der US-Demokraten im
US-Staat Maine über Si-
cherheitspolitik: Die Welt
braucht nicht mehr Waffen.

Seite 8

Geißlers Anschlag muß Widerstand geleistet werden

Die Zerstörung der politischen Kultur ist der Beginn der
Zerstörung der politischen Verfassung

Von Hugo Brandt MdL

Landesvorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz

Wenn eine Streitschrift zum Streit herausfordern will, dann
deshalb, weil der Verfasser diesen Streit für notwendig
hält, weil ihm an verwirrter Leisetreteri, die larmoyante
Tranfuzzeligkeit, die Ergebenheit eines Schlachttiers und
vor allem die Dummheit zuwider ist, die sich damit zufrie-
den gibt zu meinen, das sei alles doch nicht so gemeint oder
man könne es mit Schweigen übergehen, weil es sich von sel-
ber richte.

Erstens ist es so gemeint und zweitens richtet's sich lei-
der nicht von selber, und diejenigen, die sich als vierte
Gewalt etabliert haben und doch nichts weiter sind als die
erste Gewalttätigkeit, die mich jeden Morgen schon beim
Frühstück geistig notzüchtigen will, interessiert es kaum.
Im Gegenteil, die Zahl der verständnisvollen und entschul-
digenden Kommentare ist Legion, und ebenso groß ist die Zahl
der Speichellecker und der vor allem der: "Das-haben-sich-
die-Sozis-selber-zuzuschreiben-Demokraten."

Also wer's noch immer nicht gemerkt hat: Eigentlich ist
hier von dem Geißler die Rede, der Gott sei's geklagt, auch
noch rheinland-pfälzischer Bundestagsabgeordneter ist, aber
Gott sei wiederum Dank, nicht von hier stammt.

Das ist ja noch nicht so lange her, da hat er - übrigens
oh Schande, auch in Rheinland-Pfalz, in Ludwigshafen, die
Sozialdemokraten zu a/ unanständigen Deutschen - und weil
das noch nicht reichte, b/ zu Verbrechern ernannt. Damals
gab's schon die vielen Entschuldiger. Ich habe nie geglaubt,
daß das verbale Ausrutscher waren wie sie immer mal wieder
vorkommen, sondern das war kalt geplant und haßzerfurcht
plaziert.

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Presidenten-Umfrage
Nationaler Antisozialistischer
Kongress 1983



Seitdem kann ich eigentlich nur bitter grinsen, wenn ein Christdemokrat von der Gemeinsamkeit der Demokraten redet. Die ist bewußt zerstört worden, und ich hätte es fast vergessen, aber nun fällt es mir wieder ein und es frißt sich fest: Als der das sagte, da saßen die Biedermänner, unter ihnen der rheinland-pfälzische Ministerpräsident und der rheinland-pfälzische Landtagspräsident dabei und widersprachen? Oh nein, sie applaudierten heftig.

Und seitdem verfolgt mich dieses Bild, das über den Bildschirm gesendet wurde, und ich frage mich, wie man denn beteuern kann, mit einem Verbrecher zusammenarbeiten zu wollen, ja sogar - zwar nicht politische - wohl aber menschliche Sympathie zu erzeugen.

Und da die Herren ja Humanisten sind, oder sich zumindest dafür halten, erlaube ich an Aristoteles zu erinnern: "Es ist unmöglich, daß sich widersprechende Aussagen zugleich wahr sind." Bin ich nun ein Verbrecher, oder kann man mit mir sogar einen trinken gehen und trotzdem ehrbar bleiben? Aber sei's drum.

Fast hätte ich das alles vergessen gehabt, und ich war sogar gutwillig und zumindest zur persönlichen Achtbarkeit entschlossen. Das ist jetzt aus. Letzten Endes laß ich mich ja nicht verarschen.

Also nun bin ich ein Mitglied der Fünften Kolonne. Nun weiß jeder halbwegs historisch Gebildete, was eine Fünfte Kolonne ist, und falls er's nicht weiß, kann er's im Lexikon nachsehen. Und dann wird er wissen oder feststellen, daß als Fünfte Kolonne im spanischen Bürgerkrieg die Anhänger des Faschisten Franco in Madrid genannt wurden, während er selber mit vier Kolonnen auf Madrid zumarschierte.

Diesen historischen Hintergrund, und damit die Bedeutung des Begriffes "Fünfte Kolonne" kennt der Geißler natürlich, und deshalb verwendet er diesen Begriff. Damit soll beides gesagt werden. Erstens, daß es eine Macht - wie die Francos - gibt, die uns überfallen will und schon auf dem Marsch sich befindet, und zweitens, daß hier die Sozialdemokraten ihre Helfer sind, daß heißt die Saboteure, diejenigen, die die Republik verraten zugunsten eines zumindest diktatorischen, wenn nicht totalitären Systems. So einer also bin ich nun.

Und da sag ich, jetzt bin ich's leid. Muß ich mich eigentlich von jedem Haderlumpen - und sei's der Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union und Minister für Jugend, Familie und Gesundheit - einmal als Verbrecher und ein anderes mal als faschistischer Kollaborateur beschimpfen lassen?

Und zur gleichen Zeit gibt es Leute von der CDU, die mit mir als Verhandlungspartner reden wollen: Mein, es reicht jetzt. Von nun an werde ich, da ich ja ein zivilisierter Mensch bin, die Umgangsformen wahren, aber keiner von CDU-Seite soll glauben, daß ehe das nicht weg ist, mehr als das geschieht. Ich danke, daß nun eine Zeit anbrechen wird, in der man sich nicht mehr die Hand reicht.

Bei allem, was auch geschieht: Das Wort von den Verbrechern und das von der Fünften Kolonne wird wie eine gläserne Scheidewand zwischen uns stehen, und es ist nicht an



uns, es wegzuräumen. Die bewußte, willentliche, bösertige Zerstörung des demokratischen Konsenses wird leider böse Folgen haben.

Hier hat sich einer aufgemacht, die Demokratie zu zerstören, jeden Andersdenkenden zu diffamieren, den CDU-Staat wieder einzurichten, in dem nur noch gedacht und beschlossen werden darf, was konform ist - und zwar regierungskonform.

Die bewußte Verächtlichmachung eines politischen Gegners auch noch mit Freundlichkeiten zu beantworten, wäre ein Verlust an Selbstachtung. Wie lange eigentlich, Sozialdemokraten, wollt Ihr Euch noch von diesen scheinheiligen CDU-Leuten geistig auf den Kopf tätscheln lassen und gleichzeitig Ohrfeigen verpassen lassen?

Es ist genug. Sagen wir deutlich, daß wir denen, die Haß säen auch Haß liefern können. In mir ist nichts als eine Höhle von Verachtung. Mit der Zerstörung der politischen Kultur beginnt die Zerstörung der politischen Verfassung. Mit dem verbalen Mordanschlag beginnt die Ermordung der Persönlichkeit. Erst dann, wenn man sich verächtlich genug gemacht hat, ist ihre physische Vernichtung möglich. Das ist der Weg, den die Geschichte uns gelehrt hat. Deshalb wehren wir uns beizeiten, ehe es zu spät ist.

Und deshalb möchte ich wissen: Will die rheinland-pfälzische CDU, will der Landesvorsitzende Herr Dr. Vogel, will der Bezirksvorsitzende Herr Dr. Gölter, will der Landtagspräsident Herr Martin das, was der haßzerpflügte Geißler sagt, unwidersprochen lassen? Ich will es wissen!
(-/30.9.1983/ks/rs)

+ + +



Ein Jahr Zimmermann
-----**Wachsamkeit gegen die Wende in der Innenpolitik ist geboten**

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Als sich vor kurzem die CSU-Landtagsfraktion in Bayern mit den bisherigen Ergebnissen beziehungsweise Entwicklungen der Politik der neuen Bundesregierung beschäftigte, gab es neben der allgemein durchgängigen Kritik auch große Zustimmung - nämlich für Bundesinnenminister Zimmermann und die von ihm in der Innenpolitik anvisierte "Wende". Dieser Beifall auf der politischen Rechten korrespondiert mit den Befürchtungen und Warnungen auf der anderen Seite des politischen Spektrums. Viele Menschen in unserem Lande fragen sich besorgt, ob jetzt im Bereich der Innen- und Rechtspolitik, die durch 13 Jahre sozial-liberaler Politik erreichte höhere Qualität unseres freiheitlichen Rechtsstaates wieder in längst überholte Verhältnisse zurückgeschraubt werden soll. Als entsprechendes Signal wurde hierfür nicht nur die personelle Besetzung der Spitze des Bundesinnenministeriums gewertet. Auch das Koalitionspapier und die Regierungserklärung erhärteten solche Befürchtungen.

Ein besonderes Alarmsignal war die schriftliche Anweisung vom BMI-Abteilungsleiter Schreiber, daß praktisch alle wesentlichen Entscheidungen im Bereich der inneren Sicherheit - soweit sie nicht mit Zustimmung der ehemaligen CDU/CSU-Opposition ergangen waren - auf die Notwendigkeit der politischen Korrektur überprüft werden müssen. Als "Prüffelder" werden in dem Schreiber-Papier beispielsweise Datenschutz, Nachrichtenaustausch, Verbrechensbekämpfung im allgemeinen und ihre Schwerpunkte Terrorismus, Wirtschafts- und Bandenkriminalität sowie Suchtmittel, allgemeine Polizeiangelegenheiten von BGS und BKA sowie Maßnahmen zur Sicherheitspolitik gegenüber den Ländern genannt. Das ist - wie gesagt - nur als Ausschnitt aus der Prüfpalette zu verstehen. Diese Wende-Mentalität macht sich auch auf anderen Gebieten bemerkbar, wie zum Beispiel in der Ausländerpolitik und auf dem Kunst- und Kultursektor.

Das knappe erste Jahr konservativer Innenpolitik ist dadurch gekennzeichnet, daß der Bundesinnenminister im Sinne der "roll-back" Politik einerseits einzelne demonstrative Zeichen politischen Handelns setzte und andererseits durch stramme law-and-order-Parolen verbal den Boden für seine Wendepolitik aufzubereiten sucht.



Die politischen Fronten zwischen CDU/CSU und SPD sind klar und eindeutig. Die Sozialdemokraten werden in großer Wachsamkeit und Entschiedenheit allen Versuchen entgegenzutreten, das Rad der Geschichte in der Innenpolitik zurückzudrehen. Unsere Anhänger und Gegner können sich darauf verlassen, daß die SPD die ihr in der Opposition in besonderem Maße zugewachsene Rolle des politischen Wächteramtes in der Innenpolitik wahrnimmt. Weder die Grünen noch die jetzige FDP sind ihrer Verfassung oder Lage nach dazu fähig, dieser für Staat und Gesellschaft - ja für jeden einzelnen Bürger - zentralen politischen Aufgabe gerecht zu werden.

Die FDP versucht zwar nach wie vor, sich als Garant freiheitlich-rechtsstaatlicher Politik zu präsentieren. Aber die Flagge, die man seit einem knappen Jahr nach der Wende sieht, ist nichts anderes als diejenige der Kapitulation. Man hat seitens der Liberalen - aus welchen "Übergeordneten" Gründen auch immer - nicht nur personelle Positionen sondern was schlimm und schmerzlich ist, vor allem wesentliche inhaltliche Positionen geräumt. Beinahe Tag für Tag lassen sich die Liberalen durch markige Formulierungen und forsche Ankündigungen Zimmermanns - den sie wohl vereinzelt kritisieren, im übrigen aber brav koalitionsstreu tragen - vorführen und, so ist zu befürchten, weiter weichklopfen. Und bei allem Respekt und Verständnis für das sich diesem Trend Entgegenstämme einzelner Liberaler: ein Hirsch und ein Baum sind noch kein Wald, in dem die von früher her bekannte freiheitlich-liberale Luft herrscht.

Es läßt sich kaum leugnen, die geplante Verschärfung des Landfriedensbruches Paragraph 125 Strafgesetzbuch (StGB) ist mehr als ein für manchen Liberalen schwer verdaulicher Koalitionskompromiß. Mit der rechtsstaatlichen Latte und allen früheren liberalen Aussagen gemessen, kann dieser Gesetzentwurf zu einer politischen Kapitulationsurkunde der FDP in der Innen- und Rechtspolitik werden. Für uns Sozialdemokraten ist dies kein Grund zur Schadenfreude. Aber es ist ein Grund mehr, bei allen innenpolitischen Vorhaben und Themen der nächsten Zeit unser sozial-liberales Wächteramt doppelt ernst zu nehmen.

(-/30.9.1983/ks/rs)

+ + +



Bleifreies Benzin nicht mehr aktuell?

Dollingers Kumpanei verhindert Umweltschutz beim Auto

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Die Bundesregierung hat es offenbar nie ernst gemeint mit ihrer Ankündigung, durch bleifreies Benzin und Katalysatoren die schädlichen Autoabgase zu verringern. Diese Befürchtung mußte man von Anfang an haben. Jetzt ist es aber aktenkundig.

Das Kabinett hätte nämlich als Voraussetzung für die Durchführung seiner bisherigen Absichten konkret werden und Grenzwerte für Schadstoffe in den Abgasen festlegen müssen. Das sollte eigentlich in der Kabinettsitzung am 4. Oktober 1983 geschehen. Das Bundesinnenministerium hatte dazu einen Entwurf erarbeitet, in dem immerhin Grenzwerte standen, wenngleich sie schon so festgelegt waren, daß eine wesentliche Schadstoffverringering ohnehin nicht eingetreten wäre.

Aber Bundesverkehrsminister Dollinger ging dieser Akt von Umweltschutzverhinderung noch nicht weit genug. Er ließ in der interministeriellen Vorbesprechung des Grenzwerte-Entwurfes durch einen Mitarbeiter ein absolutes Veto einlegen und nicht nur behaupten, die Automobilindustrie könne die Grenzwerte nicht erfüllen, sondern befand darüber hinaus, das Kabinett sei für die Festlegung von Grenzwerten nicht zuständig. Der Grenzwerte-Entwurf wurde daraufhin von der Tagesordnung der Kabinettsitzung vom 4. Oktober 1983 gestrichen.

Dollinger schiebt damit die Festlegung von Grenzwerten für Schadstoffemissionen in Kraftfahrzeug-Abgasen auf die lange Bank. Sein hilfreicher Mitarbeiter wird aber schnell belohnt: Am 30. September 1983 scheidet er aus dem Bundesverkehrsministerium aus und übernimmt einen hochbezahlten Posten bei einem renommierten deutschen Automobilhersteller.

(-/30.9.1983/ks/rs)

+ + +



Wortbruch

Die Lehrstellengarantie - oder was kümmert Herrn Kohl das Geschwätz von gestern

Von Rudolf Hartung

Bundsvorsitzender der Jungsozialisten

"In diesem Jahr werden alle Jugendlichen, die ausbildungswillig und ausbildungsfähig sind, eine Lehrstelle erhalten können." (Helmut Kohl am 4. Mai 1983 im Deutschen Bundestag).

Zu diesem Versprechen des CDU-Bundevorsitzenden und Bundeskanzlers ist festzustellen: Helmut Kohl hat sein Wort gegenüber mehreren zehntausend jungen Menschen gebrochen.

Wenn in den Augen vieler Mitbürger der Bundesvorsitzende der CDU ein moralisierender Schwätzer ist, dann ist das nur ein Problem der CDU. Wenn sich aber der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland als geschickter Scharlatan in Sachen Zukunftschancen junger Bürger entlarvt hat, dann ist die daraus entstehende Staatsverdrossenheit auch durch fünf Jugend-Enquete-Kommissionen nicht wiedergutzumachen.

Wenn die Bundestagsfraktion der SPD Herrn Kohl als Tu-Nix-Kanzler bezeichnet, dann ist diese Kennzeichnung noch verharmlosend.

Mit der von Herrn George und Herrn Albrecht begonnenen ideologischen Diskussion über die Sozialpolitik soll der Sozialstaat zunächst propagandistisch strumreif geschossen werden. Parallel dazu hat der Abbau sozialer Sicherheit für Arbeitnehmer und Arbeitslose, Schüler und Rentner auf breiter Front begonnen. Wenn sich dieser Politik nicht eine breite gesellschaftliche Koalition sozialer Verantwortung entgegenstemmt, dann steht das Abgleiten in der halb-autoritären Brüning'schen Notverordnungsstaat am Horizont der Entwicklung der Bundesrepublik.

Konkret zu den Ausbildungsplätzen: Man muß Herrn Kohl schon ein gerüttelt Maß an Dummheit unterstellen, wenn man ihm glauben soll, die hohe Nachfrage nach Ausbildungsplätzen 1983 sei für die Bundesregierung überraschend gekommen.

Wer durch Streichung der Ausbildungsförderung Zehntausende Schüler zum Schulabbruch zwingt und Abiturienten mit aller Propagandamacht vom Studium abbringen will, der ist dumm oder ein Heuchler, wenn er sich anschließend beschwert, daß diese Jungen und Mädchen in Verwaltung oder Betrieb einen Ausbildungsplatz bekommen wollen. Schätzungsweise 50.000 Jugendliche werden ohne Ausbildungsplatz bleiben, circa 70.000 "parken" in Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit.

Herr Kohl handelt nach dem Motto: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern.

Herr Kohl sollte sich öffentlich bei den Bürgern entschuldigen, die seiner Garantie geglaubt haben.
(-/30.9.1983/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Gert Weisskirchen hat sich auf der Konferenz "Die Stationierung von Euro-Raketen - Ja oder Nein", die am 30. September in Augusta/US-Bundesstaat Maine anlässlich des Landeskonvents der Demokratischen Partei zur Vorbereitung der US-Präsidentenwahlen stattfindet, mit dem nachstehend dokumentierten Statement geäußert. Weisskirchen nimmt im Auftrag der SPD-Bundestagsfraktion an dieser Veranstaltung teil, bei der alle demokratischen Bewerber um die Präsidentenwahl anwesend sind.

Weisskirchen: Braucht die Welt wirklich mehr todbringende Waffen?

In meinem Land wächst die Sorge, daß die INF-Verhandlungen der beiden Supermächte in Genf scheitern könnten. Die Sorge ist berechtigt. Die gegenwärtigen Führungsgruppen in Washington und in Moskau haben offenbar ein militär-strategisches Interesse an der Stationierung neuer atomarer Raketen in Europa. Und die meisten Regierungen folgen der Logik ihrer jeweiligen Bündnisysteme - noch. Aber immer größer werdende Gruppen in Europa fragen immer drängender: Sollen wir der Schauplatz werden eines begrenzten Atomkrieges, den die Supermächte stellvertretend möglichst weit entfernt von ihren Sanktuarien führen und gewinnen wollen?

Im Angesicht des Elends in weiten Teilen der Welt fragen immer mehr Menschen: Braucht die Welt wirklich mehr todbringende Waffensysteme? Ist es nicht ein Verbrechen, wenn wir es weiter zulassen, daß Jahr für Jahr über zehn Millionen Kinder sterben müssen, weil wir ein Vielfaches mehr für die Rüstung ausgeben als für die Bekämpfung des Hungers?

Die Revolution in der Rüstungstechnologie und die Reden von Mitgliedern der Führungen beider Supermächte nähren diese Furcht. Können wir unsere ökonomischen und sozialen Probleme noch lösen, wenn wir die Kette von Nachrüstung und Nach-Nachrüstung nicht jetzt durchbrechen. Kein Zweifel: Die beiden Supermächte können, wenn sie es letztlich wollen, neue Raketen in Europa stationieren. Aber sie müssen wissen, um welchen Preis. Die USA können das Pershing-Spiel gewinnen, aber eine ganze Generation verlieren.

Zwei Drittel der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland lehnt die Stationierung der Pershing II und Cruise missiles ab, zumal die neuen Raketen ausschließlich auf deutschem Boden stationiert werden sollen. Die Mehrheit der Deutschen fühlt dasselbe, was das amerikanische Volk in seiner Zustimmung zu nuclear freeze ausgedrückt hat. Nur die Gegner wirklicher Abrüstung können soviel Zynismus aufbringen, die Haltung meiner Landsleute als angeblich anti-amerikanisch zu diffamieren. Das Gegenteil ist richtig! Anti-amerikanisch und anti-europäisch sind die, die uns weismachen wollen, das Heil der Menschheit läge in immer feiner operationsfähigen Waffensystemen; in Wahrheit sind das die Propheten des Infernos. Im Zeichen des Atoms werden wir nicht siegen, sondern gemeinsam untergehen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist das Land der Erde mit der höchsten Dichte von Atomwaffen. Fast 6.000 Sprengköpfe für Atomwaffen sind auf unserem Boden gelagert. Das sind zwei Drittel des gesamten Arsenal der USA. Ist das nicht genug?

Wir Deutsche wissen um unsere Schuld. Wir haben in diesem Jahrhundert schreckliches Leid über andere gebracht. Die Lehren des Holocaust dürfen nicht widerrufen werden. Weil wir den Terror des Krieges kennen, fordern wir von den Supermächten endlich abzurüsten, damit alle Massenvernichtungsmittel von unserer Erde verschwinden und als ersten Schritt fordern wir

- die Reduktion von SS 20,
- die Nicht-Stationierung von Cruise missiles und Pershing II.

(-/30.9.1983/ks/rs)

+ + +

